



Nr. 211 | 03.09.2010

1. Die neue Transparenz lässt auf sich warten

- 1 **Transparenz lässt warten** (Seite 1)
- 2 **Haushalt: „Jeder Euro ist willkommen“** (Seite 2)
- 3 **Infoveranstaltung CDU-Umweltexperten** (Seite 2)
- 4 **Stadtentwicklung am Bonner Bogen** (S. 3)
- 5 **Geschwisterermäßigung in Kindergärten** (S. 3 + 4)
- 6 **Sicherheitsdiskussion zu Pützchens Markt** (Seite 4)
- 7 **Ehemaliges Gelände der tschechischen Botschaft** (S. 4 +5)
- 8 **Bonner Haushalt genehmigt** (Seite 5)
- 9 **CDU-Anträge** (S. 6)
- 10 **Sitzungstermine** (Seite 6 +7)
- 11 **Impressum** (Seite 7)

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU Benedikt Hauser** fragt sich langsam doch, ob es nur an der Arbeitsüberlastung des Oberbürgermeisters oder nicht an dessen Willen liegt, wie mehrfach versprochen, keine größtmögliche Transparenz einzuführen und vertrauensvoll zusammen zu arbeiten.

„Wie kann es angehen, dass die Ratsfraktionen über die Ausweitung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im WCCB-Komplex gegen die ehemalige Oberbürgermeisterin Dieckmann und weitere Mitarbeiter aus den Medien erfahren“, fragt sich Hauser. „Ist das in den Augen des Oberbürgermeisters kein berichtenswerter Sachverhalt oder gibt es zwischen Twitter, Facebook und anderen Medienauftritten keine Zeit mehr für Informationen an die politischen Gremien dieser Stadt?“ Die CDU-Fraktion hat dem Oberbürgermeister für den kommenden Montag ein Gesprächsangebot in der Ratsfraktion gemacht und möchte, dass es endlich zu anderen Verfahrens- und Informationsabläufen kommt. Auch werden weitere Stellungnahmen zu den neuerlichen Veröffentlichungen in der heutigen FVB erwartet.

Die im Zusammenhang mit der Entwicklungsmaßnahme am Bonner Bogen entstandene Verwirrung zeigt darüber hinaus, dass offenbar auch der Oberbürgermeister selbst in derartige Projekte von seiner Verwaltung nur unzureichend eingebunden wurde.

„Umso mehr verwundert die Stellungnahme des OB, hier sei

im Verfahren alles korrekt abgelaufen und man habe ja die Absicht gehabt, die Politik noch zu informieren,“ erklärt der **örtliche Stadtverordnete und finanzpolitische Sprecher Dr. Klaus-Peter Gilles**. Der Ausschreibungstext macht deutlich, dass von den zeitlichen Abläufen her die Entscheidungen über die Planung und mögliche Optimierungsverfahren ausschl. von der Verwaltung getroffen werden sollten. Hierzu hat man das eigene Bauordnungsamt bisher noch nicht einmal in die Prüfung einbezogen. In anderen Entwicklungsmaßnahmen z.B. dem Wohn- und Technologiepark, wurden der Politik und Öffentlichkeit auch alternative Ausschreibungsergebnisse und Planungen präsentiert. Bei der Bebauung am Bonner Bogen dürfen sich Bevölkerung und Politik offensichtlich nur zum Ergebnis äußern. Die Einwirkungsmöglichkeiten und Diskussionen werden zu diesem Zeitpunkt aber nur noch sehr beschränkt sein, weil sie sofort von der Verwaltung mit entgangenen Millionenbeträgen für den Grundstücksverkauf, Kaufübernahmeverpflichtungen der Stadt für das Entwicklungsgebiet und dem Vergraulen von Investoren begleitet wird.

„Uns ist wichtig, dass wir hier zu einer guten Investition und Bebauung kommen und im Vorfeld eine Akzeptanz in der Bevölkerung und Politik hergestellt wird“, argumentiert Dr. Gilles weiter. „So unsensibel wie die Verwaltung hier mit Investoren und Planungen umgeht, darf dies keine Fortsetzung finden.“



4. Stadtentwicklung am Bonner Bogen - Koalition nimmt Akteneinsicht und plant Sondersitzung

Die schwarz-grüne Koalition betrachtet die Vorgänge im Zusammenhang mit der geplanten Bebauung am Bonner Bogen mit großer Sorge und Unmut. Es geht dabei nicht nur um die Massivität und städtebauliche Fehlleistung dieser Planung, sondern auch zum wiederholten Mal um die Informationspolitik der Verwaltung. Vertreter der Koalition werden unmittelbar Akteneinsicht zu dem Vorgang nehmen. So soll auch geklärt werden, welchen Stand das Projekt derzeit tatsächlich hat und wer wann über welche Informationen verfügt hat.

„Es handelt sich um eine klare Missachtung politischer Gremien, wenn derartige Großprojekte ohne Beteiligung der politischen Gremien und der Öffentlichkeit offensichtlich vorsätzlich hinter verschlossenen Türen behandelt werden“, kritisieren die **planungspolitischen Sprecher von CDU und GRÜNEN, Wilfried Reischl (Bild links) und Rolf Beu** scharf. „Wir wollen wissen, wer diese Informationspolitik zu verantworten hat und werden daraus Konsequenzen ziehen.“

Die hierzu erfolgten Aussagen der Verwaltung in der Bezirksvertretung Beuel seien „kläglich und sind nicht hinnehmbar“ hieß es aus der Koalition. „Wir werden hierzu erneut Beschlüsse im Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz und im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeitsförderung fassen, die der Verwaltung hier klare Vorgaben machen werden, über was sie wann zu berichten und zu informieren hat. Notfalls wird das bei der Änderung der Hauptsatzung und Geschäftsordnung betrieben, wenn die Verwaltung hier von sich aus keine deutliche Klarstellung vornimmt. Es ist enttäuschend, dass leider zu solchen Mitteln gegriffen werden muss, da eine Zusammenarbeit auf vertrauensvoller Basis von Teilen der Verwaltung offensichtlich nicht gewollt ist.“

„Die Koalition will nun eine gemeinsame Sondersitzung von Bezirksvertretung Beuel und Planungsausschuss vor dem nächsten Planungsausschuss durchführen. Wir erwarten eine lückenlose umfassende Darstellung der Planung, der Ausschreibung, der bauordnungsrechtlichen Bewertung, der finanziellen Aspekte, der möglichen Regressforderungen usw.“, sagten die Planungssprecher und schlossen sich der Beschlusslage der Bezirksvertretung Beuel an. Zudem werden Verwaltungsvorlagen zu allen Entwicklungsmaßnahmen und damit verbundener Abwicklungen bis zur nächsten Sitzung des Planungsausschusses erwartet.

„Wir werden auch überdenken müssen, ob Bebauungspläne noch so offen und großzügig beschlossen werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürger - genau wie die Mandatsträger - von weiteren Entwicklungen völlig ausgeschlossen werden“ so Reischl und Beu.

5. 100%ige Geschwisterermäßigung bringt gerechtere Elternbeiträge in Kindergärten und Offenen Ganztagschulen

CDU und GRÜNE haben es beantragt, der Rat hat es im Mai beschlossen. Seit dem 1. August 2010 gibt es eine sog. systemübergreifende 100%ige Geschwisterermäßigung in Bonner Kinderbetreuungseinrichtungen und der OGS. Dabei sollen für das erste Kind (teuerstes Kind) einer Familie Elternbeiträge erhoben werden. Jedes weitere Kind einer Familie in den 3 Betreuungsformen ist dann beitragsfrei. Diese Neuregelung ist ein wesentlicher Beitrag für ein familienfreundliches Bonn. Bisher mussten Eltern mehrerer Kinder für jede Betreuungsform extra zahlen. Dies führte u. U. zu enormen finanziellen Belastungen der Familien. Zwar geht mit der Einführung dieser Neuerung eine Erhöhung der Beiträge einher, diese wird aber zur Finanzierung der Geschwisterermäßigung benötigt und ist der Finanzlage der Stadt geschuldet. Im Übrigen wurden die Elternbeiträge seit 15 Jahren nicht erhöht.

Zur Erinnerung: Der Oberbürgermeister hatte für die Haushaltsberatungen 2010 ohnehin eine 10%ige lineare Erhöhung der Elternbeiträge vorgesehen, ohne aber eine Gegenleistung zu bieten. Diese Erhöhung war fester Bestandteil seiner Konsolidierungsliste, die er dem Rat vorgelegt hatte. CDU und Grüne waren und sind strikt gegen eine einseitige lineare Belastung der Eltern.

Die von CDU und Grünen durchgesetzte Neuregelung hat zahlreiche Vorteile:

- Familien mit mehr als einem Kind werden stärker gefördert
- Familien mit Kindern in unterschiedlichen Betreuungssystemen profitieren
- die unteren Einkommen werden entlastet
- generelle Beitragsfreiheit bis 15.000 Euro Jahresbruttoeinkommen
- mehr Beitragsgerechtigkeit durch acht Einkommensstufen statt bisher sechs (bzw. nur vier in OGS)

Die einzelnen Elternbeitragstabellen, die ab dem 1. August 2010 gelten, können Sie hier einsehen:

- [Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, Kindertagespflege und für die Offene Ganztagschule im Primarbereich im Stadtgebiet der Bundesstadt Bonn](#)
- [Anlage 1](#)
- [Anlage 2](#)

Für Fragen, Anregungen Kritik nutzen Sie bitte unsere [Familien-Hotline](#) oder schicken Sie uns eine [E-Mail!](#)

6. Abgewogene Sicherheitsdiskussion zu Pützchens Markt ist sinnvoll

Zur Diskussion um die öffentliche Sicherheit bei Pützchens Markt erklären der **Fraktionsvorsitzende der CDU, Benedikt Hauser, und die Fraktionssprecherin von Bündnis90/Die Grünen im Rat der Stadt Bonn, Doro Paß-Weingartz:**



„Unsere Fraktionen kennen die Vorlage des Feuerwehr-Amtsleiters Jochen Stein bisher nicht. Grundsätzlich finden wir es unbedingt erforderlich, die aufgeworfenen Sicherheitsfragen im Lichte der Duisburger Katastrophe zu erörtern und neu zu prüfen. Es wäre sicher sinnvoller gewesen, die Verwaltung hätte ein abgestimmtes Konzept zwischen Marktamt, Polizei, Feuerwehr, Hilfsorganisationen und Betreibern vorgelegt. Mit den Maximalforderungen eines Amtsleiters lässt sich jetzt schwerlich diskutieren, weil er sich mit seinen Vorschlägen aus der Gesamtverantwortung gezogen hat. Ein Vergleich mit Duisburg ist auch nicht so einfach zu ziehen. Die Besucher des Pützchens Marktes kennen die Gegebenheiten seit vielen Jahren und ebenso die Sicherheitskräfte. Die Örtlichkeiten mit den vielen Fluchtwegen sind anders zu betrachten als die katastrophale Zugangssituation bei der Loveparade. CDU und GRÜNE sind der Meinung, dass wirtschaftliche Interessen natürlich hinter den Sicherheitsbelangen zurückzustehen haben. Es kann nicht im Interesse von Pützchens Markt sein, wenn Menschen zu viel Furcht haben, ihn zu besuchen. Die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher muss - gerade im Interesse der Veranstaltung selbst - absoluten Vorrang haben. Es muss aber auch ein Volksfest bleiben und keine Dorfkirmes.

Dazu bedarf es einer abgewogenen Diskussion des Konzeptes von Herrn Stein und der anderen beteiligten Dienststellen, in dem alle vorgeschlagenen Maßnahmen abgewogen werden. Wir erwarten vom Oberbürgermeister eine zügige abgestimmte Vorlage der Verwaltung, denn Pützchens Markt steht vor der Tür. Gegebenenfalls ziehen wir wegen der Bedeutung eine Sondersitzung der Bezirksvertretung Beuel in Erwägung.

7. Ehemaliges Gelände der tschechischen Botschaft: In 2001 wurden von der CDU die Weichen gestellt, heute darf keine Entscheidung gegen die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger getroffen werden

Die CDU-Fraktion hat sich auf ihrer Sitzung vergangenen Montag mit der Bebauung des Geländes der ehemaligen Tschechischen Botschaft in Ippendorf befasst.

Martin Berg, Stadtverordneter für Ippendorf und den Venusberg, gibt die Ergebnisse dieser Beratung kurz wieder: „Die CDU-Fraktion begrüßt es grundsätzlich, wenn das Gelände einer Wohnbebauung zugeführt und insbesondere das Botschaftsgebäude abgerissen würde, weil es im Grunde nie in die Umgebung hinein gepasst hat.



Als sich nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin abzeichnete, dass das Gebäude von der Tschechischen Regierung mittelfristig aufgegeben würde, hat der Rat der Stadt Bonn auf Antrag der CDU-Fraktion am 18.9.2001 einstimmig den derzeit gültigen Bebauungsplan beschlossen, um für die Anwohner und den Ort Planungssicherheit herzustellen.

Wir haben jüngst der Offenlage zur Veränderung dieses Bebauungsplanes zugestimmt, damit der Diskussionsprozess in Gang kommen konnte. Es wurde aber gleichzeitig auch beschlossen, dass eine Bürgerbeteiligung stattfinden sollte und damit dem Vorhaben in der vorgelegten Form weder zugestimmt noch es abgelehnt. Damit der Diskussionsprozess weiter geführt werden kann, wird die CDU-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen, den Antrag des BBB auf Aufhebung des Beschlusses vom April 2010 zunächst in den Planungsausschuss und die Bezirksvertretung Bonn zu verweisen.“

Die CDU-Fraktion stellt fest, dass die zuerst vorgeschlagene Planung, die mit einer Änderung des gültigen Bebauungsplanes verbunden wäre, in der Ippendorfer Bevölkerung - keineswegs nur bei der betroffenen Nachbarschaft - auf einhellige Ablehnung stößt. Auch die nun bekannt gewordenen Änderungen in der neuesten Stellungnahme der Verwaltung nach stattgefundener Bürgerversammlung stoßen eher auf kritische Resonanz.

Deshalb stellt die CDU-Fraktion klar: Einer Änderung des Bebauungsplanes wird nur zugestimmt, wenn die Änderung die Intentionen des derzeit gültigen Bebauungsplanes im Wesentlichen beibehält. Wir erwarten daher von der Verwaltung, dass vor Beschlussfassung über eine Änderung dargestellt wird, inwieweit die Änderung vom bisherigen Baurecht abweicht und inwiefern die Intention des geltenden Bebauungsplanes tangiert ist.

8. Bezirksregierung genehmigt Bonn Haushalt



Der schwarz-grünen Ratsmehrheit ist es in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtkämmerer und dem Oberbürgermeister gelungen, trotz der schlechten Ausgangssituation einen Nothaushalt und ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden. „Dabei sind uns die Risiken, die im Genehmigungsschreiben des Regierungspräsidenten noch einmal genannt wurden, sehr wohl bewusst“, kommentieren der **CDU-Fraktionsvorsitzende Benedikt Hauser (rechts)** und der **Parteivorsitzende Philipp Lerch (links)**.



„Es bedarf insbesondere im Hinblick auf den Doppelhaushalt 2011/2012 weiterer intensiver Sparbemühungen und diese werden auch nicht ohne weitere Leistungseinschränkungen und Absenkung von Standards möglich sein“, prognostizieren die CDU-Vertreter.

Die Ratsmehrheit von CDU und GRÜNEN hat hier klare Zielvorstellungen und bedürfen keiner „Nachhilfe“ durch die SPD. Diese beteiligt sich an den Haushaltsdiskussionen leider nur noch durch eine Verweigerungshaltung und „schulmeisterlicher“ Kritik. Eigene Sparvorschläge fehlen und einer Haushaltssanierung durch weitere Steuererhöhungen erteilt Schwarz-Grün eine klare Absage.

„Bereits im jetzt genehmigten Haushalt hat es eine deutliche Verschiebung von Erhöhen der Einnahmen zu drastischen Sparmaßnahmen durch politische Einflussnahme gegeben und diese Politik werden wir fortsetzen“, sagt Fraktionsvorsitzender Benedikt Hauser. „Diese Politik ist auch alternativlos und wir glauben, dass den Bürgerinnen und Bürgern diese ernste Lage durchaus bewusst ist und deutliche Einsparungen auch mitgetragen werden. Durch die jetzt noch konkretere Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen erwarten wir uns auch aus der Bevölkerung weitere hilfreiche Impulse.“

Trotz der vielen Haushaltsrisiken wollen CDU/GRÜNE einen noch stärkeren Schuldenabbau, als dies in der mittelfristigen Finanzplanung von OB und Kämmerer bisher vorgesehen ist. „Dies wird noch ein steiniger Weg werden, aber ein fremdbestimmter Haushalt in dem alle freiwilligen Leistungen entfallen oder drastisch zurückgefahren werden, wäre eine Konsequenz, die im Ergebnis viel schlechter wäre.“

9. Arbeit der Fraktion in den Ratsgremien – aktuelle CDU-Anträge

An dieser Stelle stellen wir ihnen immer aktuell die zur Beratung anstehenden Anträge und Anfragen in den verschiedenen Ratsgremien vor, die von der CDU-Ratsfraktion initiiert wurden. Wenn Sie die Inhalte lesen wollen, [so gehen Sie auf diese Suchseite](#) und geben die unten aufgeführte Drucksachenummer ein!

Drucksache	Kurzbetreff	Gremium/ Ausschuss	Tages- ordnung
1012349	Große Anfrage Stv Overmans, AM Dr. Bechte, AM Plesch und CDU-Fraktion, Bgm Kappel, Stv	Internationales	14.09.2010

	<i>Albert-Trappe und Fraktion Bündnis90/Grüne</i> Life-Science-Inkubator (LSI)		
1012350	<i>Große Anfrage Stv Overmans, AM Dr. Bechte, AM Plesch und CDU-Fraktion, Bgm Kappel, Stv Albert-Trappe und Fraktion Bündnis90/Grüne</i> Forschungszentrum caesar	Internationales	14.09.2010
1012536	<i>Große Anfrage Bündnis 90 / GRÜNE CDU-Fraktion</i> Radverkehrsmaßnahmen	Planungsausschuss	14.09.2010
1012553	<i>Große Anfrage AM Emde, Stv. Maiwaldt und CDU-Fraktion</i> Lärmbelästigung durch Infraschall	Umweltausschuss	15.09.2010
1012600	<i>Große Anfrage CDU und GRUENE</i> Kinderbetreuungsangebote	Jugendhilfeausschuss	21.09.2010
1012601	<i>Große Anfrage CDU und GRUENE</i> Kinderschutz - Konsequenzen aus Missbrauchsfällen	Jugendhilfeausschuss	21.09.2010
1012613	<i>Antrag CDU und GRÜNE</i> Reisequalität für die Fahrgäste	Planungsausschuss	14.09.2010
1012614	<i>Antrag Stv. Wilfried Reischl, Guido Dèus, Klaus Weskamp und CDU Fraktion</i> Bauvorhaben 'An der Ziegelei' in Lengsdorf	Planungsausschuss	14.09.2010
		Wirtschaftsausschuss	22.09.2010
1012616	<i>Antrag Bündnis 90 / GRÜNE CDU-Fraktion</i> Startup-Treffen zum Beirat Internationales Bonn	Internationales	14.09.2010
1012640	<i>Große Anfrage CDU/GRÜNE</i> Mehrkosten für die Stadt Bonn durch Abschaffung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld	Sozialausschuss	28.09.2010
1012695	<i>Große Anfrage CDU und GRUENE</i> Beethoven-CD im Elternbrief	Jugendhilfeausschuss	21.09.2010

10. Termine der Sitzungen von Rat, Fachausschüssen und Bezirksvertretungen Sitzungstermine September 2010

Di	07.09.2010	Finanzausschuss	Stadthaus, Sitzungsraum I	18:00
Di	07.09.2010	BV Hardtberg	Rathaus Hardtberg	18:00
Mi	08.09.2010	Rat	Stadthaus, Ratssaal	18:00
Do	09.09.2010	BV Beuel	St. Albertus-Magnus-Heim, Karmeliterstr. 20-22, 53229 Bonn	17:00
Di	14.09.2010	Internationales	Forschungszentrum caesar, Ludwig-Erhard-Allee 2, 53175 Bonn	18:00
Di	14.09.2010	Planungsausschuss	Stadthaus, Ratssaal	18:00
Di	14.09.2010	Projektbeirat Bäderkonzept	Stadthaus, Sitzungsraum I	14:00
Mi	15.09.2010	Umweltausschuss	Stadthaus, Ratssaal	18:00
Mi	15.09.2010	Rechnungsprüfungsausschuss	Stadthaus, Sitzungsraum I	18:00
Mi	15.09.2010	UA Bauplanung	Stadthaus, Sitzungsraum I	15:30
Do	16.09.2010	Bau- und Vergabeausschuss	Stadthaus, Sitzungsraum I	18:00
Do	16.09.2010	BV Bonn	Stadthaus, Ratssaal	17:00
Di	21.09.2010	Jugendhilfeausschuss	Stadthaus, Ratssaal	18:00

Di	21.09.2010	Integrationsrat	Stadthaus, Sitzungsraum I	18:00
Di	21.09.2010	UA Kinder- und Jugendhilfe	Stadthaus, Sitzungsraum II	17:00
Mi	22.09.2010	Wirtschaftsausschuss	Stadthaus, Ratssaal	18:00
Mi	22.09.2010	Sportausschuss	Sportstätte	18:00
Do	23.09.2010	Schulausschuss	Stadthaus, Ratssaal	18:00
Do	23.09.2010	UA für Denkmalschutz	Stadthaus, Sitzungsraum I	18:00
Di	28.09.2010	Sozialausschuss	Stadthaus, Ratssaal	18:00
Di	28.09.2010	Betriebsausschuss SGB	Stadthaus, Sitzungsraum I (Bedarfstermin)	18:00
Mi	29.09.2010	Bürgerausschuss	Stadthaus, Ratssaal	18:00
Do	30.09.2010	BV Bonn	Stadthaus, Ratssaal	17:00

11. Impressum und weitere Informationen

Sie können diesen Newsletter jederzeit abbestellen. [Ein Abmeldeformular finden Sie hier!](#)

Besuchen Sie unser Internetangebot unter → www.cduratsfraktion-bonn.de
Dort finden Sie alle Informationen zur CDU-Ratsfraktion Bonn und Ihre CDU-Mitglieder.

Verantwortlich: Georg Fenninger, Fraktionsgeschäftsführer
Redaktion: Ulrich Fromm, Fraktionsreferent und Webmaster



Haben Sie Anliegen oder wollen Sie mit uns Kontakt aufnehmen?
Kein Problem! Hier sind unsere verschiedenen Kontaktmöglichkeiten:



Postadresse: CDU-Fraktion im Rat der Bundesstadt Bonn, Altes Rathaus am Markt, 53111 Bonn,
Telefon: 0228-773810, **Fax:** 0228-772047
Internet: www.cduratsfraktion-bonn.de

© CDU-Fraktion im Rat der Bundesstadt Bonn im September 2010